

Erhöhung des Zinses. Der Magistrat hat bekanntlich über Auftrag des Bürgermeisters Verhandlungen mit der landwirtschaftlichen Genossenschaft für die Umgebung Ötztal wegen Lieferung von Frühkartoffeln und von Frühgrün an die Gemeinde gepflogen, welche zu einem befriedigenden Ergebnisse geführt hätten, wenn nicht die Aktion durch die jähe Wendung der Verhältnisse an der Südgrenze der Monarchie plötzlich lahm gelegt worden wäre. Ötztal und Umgebung sind Kriegsgebiet geworden, an einen regelmäßigen Hilfraktverkehr ist nicht mehr zu denken. Der Stadtrat hat deshalb in seiner gestrigen Sitzung nachbesseren Berichte des Stk. Sekretärs beschlossen, von der Fortführung der Verhandlungen Abstand zu nehmen, im geeigneten Zeitpunkt jedoch auf diese Angelegenheit wieder zurückzukommen.

Schaffnerinnen für die Straßenbahnen. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 25. Mai die Anstellung weiblicher Schaffner bei den städtischen Straßenbahnen auf Kriegsdauer grundsätzlich genehmigt und in der letzten Sitzung legte die Straßenbahndirektion einen Bericht vor über die Maßnahmen, welche zur Erfüllung des Beschlusses getroffen wurden. Sie hat eine Rundschreiben erlassen, den Inhalt, daß Frauen und Mädchen als Schaffnerinnen mit einem Stundenlohn von 36 Heller angestellt werden. Mindestalter 24 Jahre, Höchstalter 35 Jahre. In Dienstkleidung soll den Schaffnerinnen Rock, Bluse und Mantel zugewiesen werden. Die Bezahlung soll nach Stundenlohn und nicht wie bei den männlichen Schaffnern nach Tagelohn erfolgen, weil die Direktion über die Leistungsfähigkeit und den Umfang der Dienstleistung noch keinen Überblick hat. Die Frauen dürfen vorwiegend nur eine kürzere Dienstdauer ausüben als die Männer. Es soll anfangs mit einer wesentlich kleineren Dienstleistung begonnen und diese erst allmählich gesteigert werden. Der Stundenlohn von 36 h ist etwas höher als der Lohn der Wagenreiterinnen (33 h) und etwas geringer als der Anfangsgehalt der Beamtinnen (K 2.75 per Tag) sofern diese auf Stunden umgerechnet wird. Die von Stadtrate beantragte Steuerumlage von ebenfalls 9 K für ledige oder verwitwete, nicht verheiratete weibliche Angestellte gilt auch für diese neuen Schaffnerinnen. Die Schaffnerinnen werden vorläufig nur auf den Beiragen verwendet werden, jedenfalls nicht auf Motorwagen von 28gcn, weil sie als Fahrgänger nicht verwendet werden dürfen. Die Schichtzeit wird ebenfalls per Stunde mit 36 h bezahlt. Es sind außerordentlich zahlreiche Anmeldungen für die Einstellung erfolgt, so daß sich die Bedingungen als zweckentsprechend erweisen dürften. Der Stadtrat nahm diesen Bericht in der letzten Sitzung zur Kenntnis.

Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien. Der Stadtrat begann in seiner letzten Sitzung mit der Beratung des Hauptvoranschlags der Gemeinde Wien für das Jahr 1915/16. Den Vorsitz führte Vizebürgermeister Hierhammer. An der Beratung nahmen teil: Obermagistratsrat Dr. August Mayr, die Magistratsräte Dr. Held und Dr. Lederer, Oberbaudirektor Trnka, Stadtbuchhaltungsdirektor Hillinger und Oberrechnungsrat Lintner.

Der Referent VR. Hof erstattete ein eingehendes Exposé, in welchem er ausführte: Der zur Beratung vorliegende Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1915/16 (1. Juli 1915 bis 30. Juni 1916) konnte mit Rücksicht auf die Wirkungen des Krieges nicht nach den sonst üblichen, für ein normales Verwaltungsjahr geltenden Grundsätzen aufgestellt werden, da die Dauer des uns aufgezwungenen Krieges nicht abzusehen ist und bezüglich der Entwicklung des Wirtschaftlebens nach dem Friedensschlusse bestimmte Annahmen formaler ausgeschlossen erscheinen, wodurch jede feste Grundlage für eine nur halbwegs richtige Einnahmestellung der Einnahmen fehlt und wir haben es daher gezwungen mit teilweise fraglichen und zum Teile sogar mit ungewissen Annahmen zu tun. Was die Ausgaben betrifft, so gibt es für städtischen Haushalte eine Anzahl von Ausgabenposten, die durch die derzeitigen Ereignisse nicht beeinflusst sind und daher unversetzt erhalten werden müssen. Diese können eine Reihe von Ausgaben nicht unter ein bestimmtes Maß herabgesetzt werden und ebenso auch die besonderen Ausgaben, welche hauptsächlich durch die Kriegsverhältnisse der Gemeinde auf den verteidigten Gebieten aufzubringen werden, eine entsprechende Bedeckung finden. Um einen tüchtigsten Ausgleich zwischen den Ausgaben und Einnahmen herbeizuführen, mußten daher jene Ausgabenposten, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine bedeutende Herabsetzung vertragen oder überhaupt für eine spätere Zeit verschoben werden können, weitestgehend herangezogen werden. Schon hier jetzt wurden die Mittel der Gemeinde durch die Kriegereignisse ganz bedeutend in Anspruch genommen. Die Gemeindevertretung mußte alles daran setzen, damit das Wirtschaftsleben keine besonders unangenehm fühlbare Störung erfahre, die entsprechenden Arbeitsgelegenheiten vorgesehen werden, der Kriegsdienst tüchtigst Einkalt getan und durch sonstige Vorkehrungen der drohenden Seuchengefahr vorgebeugt sowie alle Maßregeln rechtsseitig und zweckmäßig eingeleitet wurden, damit der Lebensunterhalt der Wiener Bevölkerung - soweit als es bei den eigenartigen Verhältnissen und sich bietenden Schwierigkeiten der Beschaffung aller notwendigen Lebensmittel möglich war, gesichert werde. Außerdem erfordern die Kriegseinsparungen (Einquartierungen) und die Kriegsfürsorge (Feuerungsumlage an städt. Angestellte, etc.) sehr bedeutende Aufwendungen. Dazu kommt noch die Steigerung des normalen Bedarfs infolge der

hohen Preise der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel, während die Einnahmen nirgends eine Erhöhung, umsoviel bedeutendere Mißbräue erfahren. Alle diese Kriegsunlagen verschlingen einen großen Teil der Einnahmen, denen zwar Ersparnisse, insbesondere bei den öffentlichen Arbeiten entgegenstehen, die jedoch keine dauernden sind, sondern eine wesentliche Mehrbelastung der kommenden Wirtschaftsjahre bedeuten werden. So ergeben sich bedeutende Anfälle bei den indirekten Abgaben (Anteil der Gemeinde Wien an dem Ertrage der staatlichen Einkommensteuer von Wien und dem staatlichen Biersteuer-Zuschlagsbetrage von der Biererzeugung dazulien, Anteil der Gemeinde Wien an dem Ertrage der staatlichen Branntweinsteuer und an der Landesumlage auf den Verbrauch von Bier, Zuschläge zur landesf. Verbrauchssteuer), dann dem Anteil der Gemeinde Wien an der staatlichen Realsteuerüberwälzung des Landes Niederösterreich, den Zuschlägen zur landesfürstlichen Erwerbsteuer I. bis 4. Klasse und zur I. E. Erwerbsteuer von den der Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen. Zum Teile sind die Einnahmen-Anfälle auch darauf zurückzuführen, daß die Gemeinde in Berücksichtigung der herrschenden Notlage verschiedene Gebühren vorübergehend herabgesetzt oder ganz aufgehoben hat, sowie im eigenen Wirkungskreis als auch bei einigen städtischen Unternehmungen für Wohlfahrtszwecke der Kriegsfürsorge, besonders Regelmäßigkeiten vintreten liess. Von einer Erhöhung der städtischen Umlagen, Zuschläge und Auflagen kann überhaupt überhaupt keine Rede sein. Es mußte daher bei der Feststellung der Erfordernisse mit größter Vorsicht und Sparsamkeit vorgegangen werden. Außer den notwendigen kurrenten Erfordernissen wurden daher nur Auslagen für solche Herstellungen und Arbeiten veranschlagt, die im Verwaltungsjahre 1915/16 zur Ausführung gelangen müssen, dann jene Ausgaben, welche die Fortsetzung bzw. Vollendung der im Verwaltungsjahre 1914/15 oder vorher bereits in Angriff genommenen Herstellungen und Arbeiten betreffen. Bemerkenswert sind zunächst die durch den Krieg bedingten Mehrausgaben, worfür hauptsächlich die Gruppen III und VIII in Betracht kommen. Die Steuern konnten nur mit 91,2 Millionen veranschlagt werden, d. h. um 2,3 Mill. weniger als im Vorjahre und nur um 0,5 Mill. mehr als der Erfolg des Jahres 1913 betrug. Auch bei den 3 großen Unternehmungen mußte die Abfuhr um 2 Millionen geringer (10,1 Mill.) veranschlagt werden, als der Erfolg im Jahre 1913 (12,3 Mill.) war und wäre hinter den Voranschlagsziffern des Vorjahres (15,05 Mill.) bedeutend zurückgeblieben, wenn nicht infolge der Betriebsbeschränkungen und durch Minderüberweisungen an den Erneuerungsfonds und die Fürsorgefonds der Straßenbahnen sowie die Streichung der Beiträge zur Selbstversicherungsreserve, der

Gas- und Elektrizitätswerke das Gebührenergebnis verbessert worden wäre. Die Einnahmestellungen der Eisenbahnen sind durch den Krieg hervorgerufen und auch gerechtfertigt, da die Unternehmungen mit Gebühren und Unterabteilungen für eingediente Angestellte und deren Familien bedeutend in Anspruch genommen werden. In weist der Voranschlag der Straßenbahnen allein für geplante Anlagen die Summe von 8.200.000 K aus. Dagegen ergeben sich bei der Gehahrung der eigenen Gelder einestweil Ersparnisse und sind zum Beispiel die Ausgaben für Grundstücke gegenüber dem Jahre 1913 um 3,1 Millionen Kronen, jene für Schulbauten um 1,8 Mill. K geringer veranschlagt, worfür jedoch in späteren Zeiten die Mehrumsätze erwachsen werden. Die außerordentlichen Ausgaben aus den eigenen Geldern sind mit 14,5 Millionen Kronen (einschl. der Reserven) veranschlagt, die sind gegenüber dem Erfolge des Jahres 1913 um 1,7 Mill. K gegenüber dem Veranschlagte 1914/15 um 4,8 Mill. geringer. Bei den außerordentlichen Einnahmen ergibt sich eine Steigerung um ungefähr 2,5 Mill. K gegen die letzten 2 Jahre, die darauf zurückzuführen ist, daß die Kaufschillinglagerate der Union Bankgesellschaft für die Kassaartgründe von 3,1 Mill. K fällig wird und zwei Posten von 540.000 K und 400.000 K für den Pavillon II im Verordnungsgebiete und für Tagesheimstätten im Jahre 1914 veranschlagt, bisher aber nicht verwendet wurden. Nach dem Hauptvoranschlag betragen die ordentlichen Ausgaben 181.723.530 K und die außerordentlichen Ausgaben 47.330.390 K, wozu sich ein Gesamterfordernis von 229.053.920 K ergibt.

Die ordentlichen Einnahmen per 102.944.870 K ausglich den zu den ordentlichen Einnahmen bildenden Ertrage der städt. Umlagen per 77.095.320 K und des aus den Überschüssen der Einquartierungsumlage bzw. aus den Kassarsparnissen der eigenen Gelder zur Bedeckung des Abganges für Einquartierungszwecke zu entschlossenen Betrages von 1.533.800 K, zusammen 105.574.090 K ergeben gegenüber den ordentlichen Ausgaben von 181.723.530 K einen Überschuss bei der ordentlichen Gehahrung von 3.846.410 K. Von den außerordentlichen Ausgaben per 47.330.390 K entfallen auf die eigenen Gelder der Gemeinde Wien der Teilbetrag von 15.485.750 K, und von den außerordentlichen Einnahmen per 5.890.590 K auf dieselben der Teilbetrag von 4.504.800 K. Es ergibt sich somit bei der ^{eigenen} außerordentlichen Gehahrung ein Abgang von 10.980.950 K, wozu durch den Überschuss bei der ordentlichen Gehahrung 3.846.410 K bedeckt sind während das präliminierte Erfordernis für die ^{in der} städt. Straßenschlachthaus - Sanitarbetrieb der Wienallende der Stadtbahn durchzuführenden Stadtbahneinbauten samt Straßenanbauten und für die Vollendung der Wienflußregulierung von 18.000 K aus den von der Kommission für Verkehrsanlagen selbst-

und Bewirteten versicherten, diesen Festtag in ihrem Leben nicht zu vergessen.

Der Fall Przemysl und die Schulen. Der Vorsitzende des Urtschulrates Josefstadt Stadtrat Schwer hatte angeordnet, daß die Bedeutung der Wiedereroberung Przemysl den Schulkindern von den Lehrpersonen ausführlich dargelegt werde, wozu der gestrige Schultag (Freitag) ausersehen war. Der heutige Schultag wurde gänzlich freigegeben. Dessen Beispiele folgend wurde auch an den Gymnasium und Realschulen des Bezirkes die Bedeutung des großen Tages in ähnlicher Weise gefeiert.

seit der Gemeinde Wien überlassen und in den Kassabeständen der Gemeinde enthaltenen Gelder, ebenso wie der restliche Betrag von 805.000 K aus den in Kassareste enthaltene Kollern durch den Verkauf der Häuser in der Schenkerstraße 8/10, Hosenngasse 3 in 1. Bezirke, zur Teilweisen Bedeckung der für den Satz benutzten Feldstraße, präliminierten Ausgaben per 900.000 K zufolge Gemeinderatsbeschlusses vom 27. Februar 1918 aus den Kassabeständen zur Entschuldung, so daß von dem Abgange bei der außerordentlichen Debarung noch ein Restbetrag von 8.771.540 K verbleibt. Der Bedeckung desselben ist der am 30. Juni 1918 nach Ausschüttung des Betrages per 1.836.800 K erstensfalls noch zur Verfügung stehende bare Kassarest der eigenen Gelder der Gemeinde Wien heranzuziehen und im Falle der Unmöglichkeit denselben der aus den eigenen Geldern der Gemeinde Wien im Jahre 1918 an das Investitionsanleihen von Jahre 1908 gegebene Vorschüsse restlichen Betrag von 6 Mill. K nach Maßgabe des Bedarfs an die Kassabestände der eigenen Gelder zurückzuerstatten. Das Kassarest der eigenen Gelder der Gemeinde Wien, der am 30. April 1918 rund 18.6 Mill. K betrug, wird durch die bestehenden, im voraus nicht bestimmbar anzuweisen für den Ankauf von Lebensmitteln noch sehr stark in Anspruch genommen werden und läßt sich daher eine Berechnung über die voranschätzliche Höhe derselben mit 30. Juni 1918 nicht aufstellen. Es ist jedoch anzunehmen, daß durch die aus der Abgabe der Lebensmittel zu erzielenden Einnahmen die Kassabestände eine solche Höhe erratischen werden, um aus denselben den Abgang für außerordentliche Zwecke wenigstens insoweit decken zu können, als derselbe nicht durch die Rückzahlung des des Investitionsanleihen von Jahre 1908 gegebenen Vorschusses per 6 Mill. K seine Deckung findet.

Das Gesamterfordernis für das Verwaltungsjahr 1918/19 per 229.008.470 K, wovon auf die eigenen Gelder 197.104.350 K und auf die Anleihenrücklagen und Abschreibungsreserven der Sackwerk und Elektrizitätswerke 31.914.140 K entfallen, zeigt gegen das Gesamterfordernis pro 1914/15 per 245.595.900 K (194.014.850 K eigene Gelder und 51.571.050 K Anleihenrücklagen) eine Verminderung von 16.517 Mill. K und zwar ergibt das Gesamterfordernis der eigenen Gelder eine Steigerung von 3.140 Mill. Kronen und das Gesamterfordernis für Rechnung der Anleihenrücklagen und Abschreibungsreserven eine Verminderung um 19.857 Mill. K.

Nach eingehender Besprechung der einzelnen Gruppen schloß der Budgetreferent wie folgt: Ich glaube durch meine Ausführungen ein entsprechendes Bild über die gegenwärtige materielle Lage der Gemeinde gegeben zu haben und es ist aus ihnen auch zu ersehen, daß es dringend notwendig erscheint, mit den Ausgaben im Staatshaushalt zu sparen und wieder zu sparen, sodaß ich

die Herrin Stadträtin ersuchen muß, von allen weiteren Erfordernissen als den bereits veranschlagten abzusehen. Aus der bis jetzt Verwaltungstätigkeit insbesondere während der jetzigen Kriegszeit zeigt sich deutlich, daß die Gemeindevertretung stets bemüht war, den vielseitigen Interessen der Millionensubjekte gerecht zu werden, wobei in der letzten Zeit die verschiedensten außergewöhnlichen Fragen behandelt und gelöst werden mußten, um der Bevölkerung in dieser schweren Zeit den Kampf um die Erhaltung ihrer Existenz möglichst zu erleichtern. Sollten sich durch Einwirkung günstiger Umstände die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse für das Verwaltungsjahr 1918/19 wieder besser gestalten, und die Einnahmen eines Ertrages erfahren, so wird es zugleich wieder berücksichtigt werden können, was demselben zurückgestellt werden mußte.

StR. Oppenberger befragt die hohen Ansätze für Adaptierungen im Neuen Rathaus; man müsse bei den verschiedenen Veranlassungen die größte Sparsamkeit walten lassen. Er bespricht sodann das Defizit bei der städtischen Stellwagenunternehmung und beim städtischen Lagerhaus und erhebt auf solche Erfahrungen Bedacht zu nehmen, die geeignet sind, das Defizit zu verringern. Insbesondere soll auch bei den städtischen Baracken bei Geldeinsparungen nach Möglichkeit gespart werden.

StR. Brannels erhebt den Bedürfnissen seines Bezirkes (Rudolfshaus) nach Möglichkeit Beachtung zu tragen, wenn auch bei den heutigen Verhältnissen die größte Sparsamkeit walten muß.

StR. Schreiner erklärt als Referent für städtischen Straßenausbau, daß deren Richtung christlich bei den Geldeinsparungen sehr sparsam vorgehen. Notwendige Investitionen müssen aber gemacht werden.

StR. Heindl erklärt in Einklang mit der Bezirksvertretung Innere Stadt unter Berücksichtigung der außerordentlichen Verhältnisse sich mit den für den 1. Bezirk eingestellten Kosten zu beschließen.

Stadtrat Bauer Schmidt erhebt die Forderung der Hauptstraße von der Jägerstraße bis zum neuerrichteten Markte in der Hainburgergasse. Er bedauert, daß das wegen seit langem projektierte Bad im Donnkanal nächst der Brigittabühne nicht zur Ausführung gelangen könnte und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in der allerersten Zeit den Wünsche der Bevölkerung des 20. Bezirkes nach diesem Bade Beachtung getragen werde.

StR. Knoll befragt die hohen Kosten der Verwaltung der städtischen Straßenbahnen, die sicherlich durch geeignete Reformen sich verringern lassen würden. Er bespricht sodann eingehend verschiedene Approximierungsfragen.

Vizebürgermeister Hain begrüßt die Einsetzung des Betrages von 500.000 Kronen für die Kehrtriebelfahrreform, sowie die ein-

gestellten Posten für die Abgestaltung des Liesinger Sammelkassens und stellt dem Budget eine Anerkennung für die Durchführung der Verlegung des Hauptmarktes. Er wünscht Sparsamkeit bei

der Einführung der elektrischen Beleuchtung. Der Straßenpflaster und die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden und auf diesen Gebiete dürfen auch größere Opfer nicht gescheut werden. Er verlangt ferner eine weise Sparsamkeit im Verkehrswesen und fordert eine gründliche Reform in der Verwaltung des Jubiläumsspietales. Zum Schluß bespricht er einige Approximierungsfragen.

StR. Wiggel wünscht die schnelle Durchführung einer Reform der Kehrtriebelfahr und spricht sich für eine Verwertung des Kehrtriebels aus. Er regt ferner die Frage der Vermehrung der Aufschriftstafeln in den Straßen Wiens an und behandelt die Einführung einer Wertwachstumssteuer.

StR. Fraß steht auch auf dem Standpunkt, daß den heutigen Verhältnissen Rechnung tragend außerordentliche Ausgaben nach Möglichkeit zu vermeiden sind, wünscht aber, daß schon lange geäußerten Wünsche des 7. Bezirkes auf Eröffnung gewisser notwendiger Straßendämme erfüllt werden mögen.

StR. Schall gibt seiner Befriedigung Ausdruck, daß angesichts der heutigen Verhältnisse der Vorschlag so ausgefallen ist, wie er vorliegt. Der Magistrat sei anzuweisen, die der Frage von der Erreichung neuer Einnahmen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. So könnte z.B. die Hundsteuer einer Reform unterzogen werden. Auch der Verkehrsbeschwerer müsse man hier Gedanke. Er wünscht, die Straßenbahndirektion möge der Abrichtung der Motorführer eine größere Aufmerksamkeit zuwenden, damit die Klagen der Fahrgäste auf diesem Gebiete aufhören und fordert die dringliche Aufklärung der jetzt für Betrieb der Straßenbahnen verwendeten Feulanzersätze. Größtmögliche Aufmerksamkeit wäre auch der Straßensäubung zuzuwenden. Der Redner lenkt schließlich das Augenmerk auf den Verkauf der ehemaligen Museumsrealität auf dem Karlsplatz und wünscht auch im heurigen Jahre die Durchführung einer Fasnachts-Konkurrenz, die ja schon vom Gemeinderat beschließen wurde.

StR. Scherz bemerkt, daß die Straßen, welche mit ihren Namen an die ruhmvollen Siege gegen Italien erinnern, ganz unbenutzt und kaum bekannt sind. Er wünscht, daß hervorragende Straßen Wiens nach jenen Orten benannt werden, deren Namen jetzt mit den größten Heldentaten unserer Armee verbunden sind. Er verlangt ferner eine Reform der Gräberausstattung auf den Gemeindefriedhöfen.

StR. Braun wünscht, daß der Straßenpflaster ein besond. diese Augenmerk zugewendet werde und erhebt um möglichste

Berücksichtigung der Wünsche des Bezirkes Wien ring.

StR. Wagner empfiehlt die Bedürfnisse des 2. Bezirkes einer Berücksichtigung, da gerade dieser als der zweitgrößte Bezirk Wiens weit mehr als ein anderer Bezirk ausbaufähig ist und daher große Investitionen gebietend verlangt.

Referent Vizebürgermeister Hof bespricht in seinen Schlussworten eingehend alle von den verschiedenen Rednern in der Generaldebatte geäußerten Wünsche, worauf die Budgetberatung abgebrochen und in der kommenden Woche fortgesetzt wird.

Beckmannstiftung. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat über Anregung des Administrators der Beckmannstiftung - zur Unterstützung engagierter notleidender Bühnenkünstler - Magistratsrat Dr. v. Radler verfügt, daß mit Rücksicht auf die momentane Notlage der vielen gegenwärtig in Wien weilenden engagierten Bühnenspieler und Schauspielerinnen schon jetzt ein Teilbetrag der im Herbst fälligen Zinsen des Beckmann-Stiftungs-Kapitales vorabzweckweise flüssig gemacht werde und soweit diese Geldmittel reichen, zur Verteilung gebracht. Die Beckmannstiftung wird daher wieder Mittwoch, den 9. Juni im Neuen Rathaus Saal 9, 2. Stock um 10 Uhr vorsitzend eröffnet werden.

Am Neuen Rathaus. Der Stadtrat hält in der kommenden Woche am Mittwoch, Donnerstag und Freitag vor- und nachmittags Sitzungen ab. Am Donnerstag, den 10. d.M. wird der Bürgermeister in üblicher feierlicher Weise an die städt. Industrielle-Lehrerin Anna Heilmann die Ehrenmedaille für 40 jährige treue Dienste und an den Exerziermeister der städtischen Feuerwehr Karl Knoll die Ehrenmedaille für 25 jährige verdienstliche Tätigkeit auf dem Gebiete der Feuerwehr- und Rettungswesensverwaltung überreicht.

Einigung von Verwandten. Gestern gab es in der Filiale Burggasse des Gemeindeparkales Nr. 1, welche nach Beginn des Krieges bei den Klosterfrauen zu „Unserer lieben Frau von Sion“ übergeben wurde, eine Freundschaft. Zugleich mit 10 Klosterfrauen wurde 7 verwandte Soldaten, darunter ein Schwerverwundeter durch den Feldvikar Bischof Bjelik gefirmt. Hierbei waren anwesend: Probst Babuschek, die Pfarropflichtigkeit von St. Ulrich, Provinzial P. Lehner, Spitalkommandant Major v. Tolosky, Medizinalrat Dr. Huber, Primarius Dr. Ullmann, Dr. Weinberger und Dr. Schramm. Es ist während zu vernehmen, daß die Klösterfrauen zugunsten der Soldaten auf ihre Firmungsgewerke verzichteten. Oberleutnant von Schuster, dessen Tochter ein ebenfalls unter den Firmlingen war, hatte die Fahnenrolle über die Soldaten übernommen und Feldkapitänkapitän Kugler hatte für sie guten Frühschick und für ein reichliches Mittagessen vorgesorgt. Die Fasnachts-